

Medienmitteilung vom 17. August 2007

Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass erfolgreich

Die Grünen, der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB), die Sozialdemokratische Partei (SP) und die EVP haben heute bei der Staatskanzlei 11'601 beglaubigte Unterschriften für den „Volksvorschlag Steuersenkung mit Augenmass“ eingereicht. Dieses sehr gute Sammelresultat ist als gutes Zeichen im Hinblick auf die Volksabstimmung zu werten.

Die Unterschriftensammlung zeigt auf, dass der Volksvorschlag im ganzen Kanton gut abgestützt ist. Während in der Stadt Bern 4000 Unterschriften gesammelt wurden, stammen u.a. 2000 Unterschriften aus der Region Biel sowie je ca. 1000 aus Burgdorf/Oberaargau, Emmental und Thun-Oberland.

Wie Blaise Kropf, Co-Präsident der Grünen Kanton Bern an einer Medienkonferenz ausführte, habe sich in den vergangenen Monaten die Richtigkeit der Forderungen des Volksvorschlages bestätigt. So ermögliche der Volksvorschlag, «die geringere Entlastung des Kantons Bern aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA zu kompensieren.» Zudem fokussiere der Volksvorschlag die steuerlichen Entlastungen auf die Familien, und damit auf jenen Bereich, der gemäss der schweizerischen Statistik der Steuerbelastung am schlechtesten abschneidet.

Corrado Pardini, Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern, kritisierte, dass in der Steuersenkungseuphorie der letzten Jahre die Gerechtigkeit auf der Strecke geblieben sei: «Wir haben Steuersenkungen, Flat-Tax-Modelle, Steuerabkommen, Steuerkonkurrenz, neuerdings sogar degressive Steuern. Investiert wird aber immer weniger. Stattdessen wird beim Gemeinwohl gestrichen.» Dagegen richte sich der Volksvorschlag. SP-Parteipräsidentin, Irène Marti Anliker, wies darauf hin, dass Standortattraktivität nicht allein von der Steuerbelastung abhängig sei: «Ein funktionierendes Dienstleistungsangebot der öffentlichen Hand, ein gutes Bildungssystem, familienexterne Betreuungsangebote, ein vielfältiges Kulturangebot, ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, das alles sind Faktoren, welche einen Standortvorteil ausmachen.»

Unterstützt wird der Volksvorschlag auch von der EVP. Deren Fraktionspräsidentin, Marianne Streiff-Feller, fasste zusammen, wieso ihre Partei den Volksvorschlag unterstützt: «Wir wollen nicht mehr Schulden, wir wollen, dass die Steuersenkungen denen zugute kommen, die im interkantonalen Vergleich am schlechtesten dastehen – dem Mittelstand – und wir wollen die Familien unterstützen.»

Der Volksvorschlag nimmt an der Grossratsvorlage im Wesentlichen drei Änderungen vor: Bei der Einkommenssteuer erfolgt ab einem steuerbaren Einkommen von Fr. 150 000.- (Bruttoeinkommen von Fr. 200 000.-) nur noch ein Ausgleich der kalten Progression. Der Kinderabzug wird zusätzlich auf Fr. 6300.- erhöht. Die Vermögenssteuer wird

um 12% statt um 24% gesenkt. Dadurch reduzieren sich die Ertragsausfälle der öffentlichen Hand um 51 Mio. Franken auf 238 Mio. Franken.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68